Mittag-Ausgabe.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
F. Hachfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil, in Posen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist
in Posen.

Nr. 35

Die „Posener Zeitung" erscheint wochentäglich **drei Mal**, anden auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 14. Januar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.**, auf der letzten Seite **30 Pf.**, in der **Mittagausgabe 25 Pf.**, an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe** bis **8 Uhr Vormittags**, für die **Morgenausgabe** bis **5 Uhr Nachm.** angenommen.

1893

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung vom 13. Januar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Berathung der Nothstands-Interpellation der Abgg. Auer und Singer wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Barth** (dfr.): Herr v. Stumm hat schwere Angriffe gerichtet gegen das Vorgehen der Bergbehörden im Saarrevier, und der Minister hat ihm gestern sachlich und überzeugend geantwortet. Eine Behörde, die zu gleicher Zeit Arbeitgeber ist, hat doppelt darauf zu sehen, daß das Maß der aufzuwendenden Energie nicht überschritten wird. Man hat sich in Deutschland daran gewöhnt, Schneidigkeit mit Festigkeit zu verwechseln. Das ist aber ein Irrthum. Schneidigkeit ist auch Unbesonnenheit, und die Bergbehörde hätte unbesonnen gehandelt, wenn sie nach dem Vorschlage des Herrn v. Stumm vorgegangen wäre. Das Vorgehen der Bergbehörde ist in vieler Beziehung sachgemäß gewesen. Herr v. Stumm, diese Säule der Ordnungsbehörden, hat es sich gefallen lassen müssen, vom preußischen Handelsminister als Untergraber königlicher Autorität hingestellt zu werden. Es ist da schwer, keine Satire zu schreiben, und im nächsten Wahlkampf wird die Sozialdemokratie gewiß mit einem Flugblatt hervortreten, das die Ueberschrift trägt: Herr v. Stumm als Untergraber königlicher Autorität nach Zeugniß des preußischen Handelsministers (Sehr richtig! links). Andererseits muß ich doch sagen, wenn ein so großer Streik ausbricht unter einer guten, ordnungsliebenden, christlich gesinnten Arbeiterbevölkerung, so muß in dem Verhältniß zwischen Arbeitern und Behörde etwas faul sein. Denn sonst hätte der Streik nicht eine so große Ausdehnung annehmen können. Von beiden Ministern ist gestern ausgesprochen worden, daß der Streik ausgebrochen wäre, bevor eine formulirte Forderung der Arbeiter an die Behörde gestellt worden wäre. Die Arbeiter sind also wohl nicht im Klaren über ihr Recht. Es geht so wie bei den Soldaten, die das Beschwerderecht nicht anwenden, weil sie darüber nichts wissen und weil der Beschwerdeweg mangelhaft ist. Ein ähnlicher Mangel muß in dem Verhältniß zwischen Bergverwaltung und Arbeitern bestehen. Der Streik ist in einer Weise ausgebrochen, die durchaus unüberlegt war. Daß die Leute so leicht verführt wurden, dafür trägt die Behörde die Schuld, die nicht für die nöthigen Organe gesorgt hat, um eine Verständigung anzubahnen. Die organisirten Arbeiter sind viel weniger gefährlich als die nichtorganisirten. Seit Jahren hören wir im Reichstage von Nothstand sprechen, bald vom Nothstand der Landwirthschaft, der Industrie, der Handwerker und jetzt der Arbeiter. Der gegenwärtige Nothstand wird zurückgeführt auf Arbeitslosigkeit. Solche Nothstände kommen immer wieder vor und werden immer vorkommen. Der gegenwärtige Nothstand hat seine Ursache in der schlechten Ernte des vorigen Jahres, und da die Ernte dieses Jahres gut war, so können wir hoffen, daß die Lage sich in der Folge verbessern wird. Die Sozialdemokraten führen die immer wiederkehrenden Nothstände auf unsere Gesellschaftsordnung zurück. Aber die Sozialdemokraten werden sich wohl nicht der Hoffnung hingeben, uns durch ihre Vorträge zu ihren Lehren zu bekehren. (Abg. Singer: Nein!) Ein solches Verlangen wäre auch naiv. Die praktische Probe auf die sozialdemokratischen Theorien ist noch niemals gemacht worden. Wie kann man da von ernsthaften Politikern verlangen, darauf einzugehen. Das ist um so weniger angängig, wenn wir fortgesetzt sehen, zu welchen Mißständen konzentrirte staatliche Betriebe führen. Das sehen wir ja in den mißlichen Verhältnissen, die sich im Staatsbahnsystem gerade heute herausstellen. Nun haben die Sozialdemokraten eingesehen, daß auf jenem Wege nichts zu machen ist, und stellen sich auf den Boden, innerhalb der bestehenden Verhältnisse für den Arbeiter so viel als möglich herauszuschlagen. Auf diesem Boden folgen wir Ihnen gern. Aber wenn man verlangt, daß der Staat jetzt Arbeit geben soll, um den Nothstand zu beseitigen, so ist das ein gefährlicher Weg, ebenso gefährlich wie der Standpunkt derjenigen, die verlangen, man solle nur viele Waffen und Kanonen bewilligen, da ja dadurch Arbeitsgelegenheit verschafft wird. Das ist dasselbe, als wenn jemand zu einem Gastwirth kommt und sagt: schenke mir 20 Mark. Du sollst keinen Schaden davon haben, ich will für das ganze Geld Speise und Trank bei Dir verzehren. Nimmt man solche unnützen Arbeiten vor, so heißt das, der Noth durch Verschwendung abhelfen. Denn es geht ja alles aus den Taschen der Steuerzahler. Auch die Anschauung, daß die industrielle Reservearmee vermindert werden könne durch Verminderung der Arbeitszeit, beruht auf Irrthum. Denn einerseits ist zu bedenken, daß bei verminderter Arbeitszeit die Leistungen nicht auch herabzugehen brauchen. Bleiben aber die Leistungen wirklich gleich, so vertheuert sich durch die Mehreinstellung von Arbeitern das Produkt, das führt zu einer Beschränkung des Konsums und in Folge davon der Produktion, d. h. zu einer Vergrößerung der industriellen Reservearmee. Es wird also gerade das Gegentheil von dem erreicht, was die Sozialdemokratie will. Der heutige Gang der Industrie aber erzielt gerade eine Besserstellung der Arbeiter, da durch Verbilligung der Konsumartikel in Folge der Anwendung aller technischen Verbesserungen die Produktion zunimmt und vielen Arbeitern Arbeitsgelegenheit gegeben wird. Betrachtet man längere Zeiträume, so findet man, daß die Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung bedeutend besser geworden sind, daß die Löhne sich erhöht haben, die Preise der Lebensmittel aber im allgemeinen herabgegangen sind. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Gesetzgebung nichts thun kann, um diese günstige Entwickelung zu fördern. Das hat aber unsere Gesetzgebung seit 1879 nicht gethan. Der Protektionismus hat diese Entwickelung gehemmt, namentlich durch die Besteuerung der nothwendigsten Konsumartikel, um den herrschenden Klassen eine höhere Rente zu verschaffen, und von diesem Standpunkt aus sind alle Vorwürfe gegen die herrschenden Klassen berechtigt (sehr richtig! links). Der Protektionismus hat die moralische Atmosphäre unseres Wirthschaftslebens korrumpirt. Der Panamaskandal in Frankreich ist vor allem ein Gewächs auf dem Mistbeet des Protektionismus. Der einzige Mann, der hocherhobenen Hauptes bei dieser Affäre dasteht, ist der Führer der Freihandelsschule Leroy-Beaulieu. Der Protektionismus führt zu künstlichen Produktionssteigerungen auf der einen Seite und zu künstlichen Produktionsbeschränkungen anderseits, er ist also schuld an den großen industriellen und Handelskrisen der letzten Jahre. Der neben dem Protektionismus großgezogene Staatssozialismus erschwert ebenfalls die Gesundung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse, indem er große Summen festlegt und dadurch verhindert, in dem Wirthschaftsleben produktiv zu arbeiten. Protektionismus und Staatssozialismus begründen einander, denn durch jenen hat man den Glauben an die Staatsallmacht großgezogen, so daß jeder glaubt, der Staat könne durch mechanische Mittel helfen. Unsere Finanzpolitik baut sich auf dem Protektionismus auf, und nun sehen wir ja in Preußen die Folgen derselben. Die Grundsteuer, diese sicherste Einnahmequelle des Staates, will man den Großgrundbesitzern schenken. Und zu gleicher Zeit erleben wir das Satyrspiel zu der Tragödie, daß dem erstaunten Volk mitgetheilt wird, es sollen die Lotterieloose um 30 000 vermehrt werden. Der Reichskanzler hat ja wenigstens durch die Handelsverträge einen Versuch zur Besserung gethan, aber es ist nur wenig. Diese ungesunde Politik muß verlassen werden. Dann werden Sie auch, ohne das Volk allzuschwer zu belasten, mehr Mittel gewinnen, selbst für Militärzwecke. So lange das gegenwärtige System aber beibehalten wird, müssen wir um so vorsichtiger sein in der Bewilligung von Ausgaben. Brechen Sie mit dieser ungesunden Politik, die Fürst Bismarck eingeleitet hat, und jeder, der daran mitwirkt, wird sich ein Verdienst um das deutsche Reich erwerben. (Beifall links)

Abg. Graf **v. Kanitz** (dkons.): Der Nothstand ist verursacht durch das Drängen der Bevölkerung in die industriellen Gegenden. Bei dem großen Arbeitsangebot muß dort einmal Arbeitslosigkeit eintreten, während auf dem platten Lande ein solcher Zustand nicht denkbar ist. Der Streik im Saarrevier ist, wie es heißt, in Folge von Streitigkeiten über die Arbeitsordnung ausgebrochen. Wie stimmt das mit der Erklärung des Ministers im preußischen Abgeordnetenhause bei der Berathung des Berggesetzes, daß die Streiks von 1889 und 1890 auf den Mangel an Arbeitsordnungen zurückzuführen seien? Nein, der damalige Aufstand hatte seine Ursache in dem raschen Steigen der Kohlenpreise und in dem Hinaufgehen der Kohlenaktien in Folge der Börsenmanipulationen. Nun haben wir Arbeitsordnungen eingeführt, und doch ist gerade auf den staatlichen Gruben der Streik ausgebrochen. Große Schuld daran hat die Nachgiebigkeit der Bergbehörden. Die Erwiderung des Ministers auf Herrn v. Stumm hat mich nicht vom Gegentheil überzeugt. Frhr. v. Stumm hat gestern nicht gesagt, die Arbeiter, die nicht anfahren, sollen dauernd entlassen werden, sondern nur definitiv. Das ist doch ein Unterschied. (Heiterkeit). — Die Bergbehörde hat bezüglich ihres Verhaltens zu den Arbeitern die Entscheidung des Ministeriums eingeholt. Die Nothwendigkeit dafür sehe ich nicht ein. Die Bergbehörde hätte aber die Pflicht gehabt, die Bergleute zu dem Austritt aus dem Rechtsschutzverein zu veranlassen, und es erscheint bedauerlich, wenn Mitglieder des sozialdemokratischen Rechtsschutzvereins auf den königl. Gruben arbeiten (sehr richtig! rechts). Es wird verlangt, daß mit der Deputation der Bergleute verhandelt werden soll. Was soll denn verhandelt werden? Der Minister hat ja überzeugend nachgewiesen, daß gar kein Grund zur Unzufriedenheit vorhanden ist. Mir scheint es ein großer Fehler gewesen zu sein, daß man der Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit nachgegeben hat. Diese Nachgiebigkeit hat immer wieder zu neuen Streiks angeregt. Seit Erlaß der neuen Arbeitsordnungen haben sich die Verhältnisse recht verschlimmert. Die Behörden müßten die Disziplin in den Bergrevieren aufs schärfste handhaben, namentlich mit Rücksicht auf die stets von Neuem drohenden Ausstände, die ohne irgend welchen Grund ausbrechen. Die Ursache aller Nothstände liegt darin, daß die Leute vom Lande in die Städte ziehen, angelockt durch die hohen Löhne daselbst. In Berlin wachsen ja auch die Löhne fortgesetzt. Die Arbeiter des Baugewerbes verdienen das Doppelte ihres früheren Lohnes. Im Winter aber sind sie arbeitslos, und das kann doch nicht Wunder nehmen, das ist ja natürlich, sie sollen eben im Sommer so viel zurücklegen, wie sie im Winter brauchen. Ein zweites Moment für die Anhäufung der Arbeiter in den Städten liegt in den Fahrpreisbegünstigungen der Eisenbahnen für die Arbeiter. Ferner ist ein Grund für das Strömen der ländlichen Arbeiterbevölkerung in die Städte, daß die Leute auf dem Lande so verschuldet sind, daß sie sich auf ihrer Scholle nicht halten können, also gezwungen sind, eine andere Beschäftigung zu suchen. Wollen die Sozialdemokraten also den Nothstand beseitigen, so sollen sie dafür sorgen, daß der Druck von der Landwirthschaft genommen wird. Sorgen Sie dafür, daß die Arbeiter auf dem Lande bleiben, wo sie sich besser stehen als in den Städten. So lange es noch außerhalb der Städte Arbeitsgelegenheit giebt, kann ich die Verpflichtung des Staates nicht anerkennen, seinerseits Arbeit zu schaffen. (Beifall bei den Konservativen.)

Abg. **Pfaehler** (nl., auf der Tribüne unverständlich) hält den Streik für unberechtigt, da die Löhne ganz genügend seien. In Zeiten wirthschaftlichen Niederganges müsse der Staat auch die Löhne herabsetzen, da sonst der entstehende Ausfall aus den Betriebsergebnissen von den Steuerzahlern gedeckt werden müßte.

Da der Redner seine Rede ganz abgelesen hatte, so erinnerte ihn Präsident **v. Levetzow** an die Bestimmung der Geschäftsordnung, welche ein solches Ablesen verbiete.

Abg. **Auer** (S.-D.): Herr v. Boetticher hat das Vorhandensein eines Nothstandes geleugnet. Einige Beispiele werden ihn vom Gegentheil überzeugen können. Wir haben uns in einigen Städten bemüht, eine Arbeitslosenstatistik festzustellen. In Halle hat dieselbe 1000 Arbeitslose ergeben, darunter 630 Familien mit 1740 Kindern. In Giebichenstein waren 352 Arbeitslose vorhanden, unter denen 57 Familien sich befanden. Im Durchschnitt entfallen auf einen Arbeitslosen 10 Wochen Arbeitslosigkeit, und dabei hat der Winter erst angefangen. Die Versammlungen von Arbeitslosen beweisen doch das Vorhandensein einer Arbeitslosigkeit. In Bremen war eine solche Versammlung, die am Tage abgehalten wurde, von drei Tausend Leuten besucht. Das zeigt doch, daß die verbündeten Regierungen schlecht unterrichtet sind. Ich gebe allerdings zu, daß die Arbeitslosigkeit noch nicht bis in die Ministerhotels gedrungen ist. In Arbeiterkreisen weiß man davon viel zu reden. Aber selbst Unternehmer erkennen ja einen Nothstand an. Lesen Sie doch die Berichte der Handelskammern! Der Gewerbeinspektor von Rudolstadt hat eine Schilderung von der Lage der Arbeiter seines Bezirks gegeben, wie sie trauriger nicht gedacht werden kann. Der Bericht der Berliner städtischen Gasanstalten hebt ausdrücklich die ungünstigen Erwerbsverhältnisse des Jahres 1891/92 hervor, in dem viele Arbeiter feiern mußten. So wie 1891/92 haben auch heute Arbeiterentlassungen stattgefunden in allen Fabrikzweigen, auch bei den Gasanstalten selber, da der Gaskonsum zurückgeht. Die Staatsregierung freilich geht ja in ihren Betrieben nach denselben Grundsätzen wie die Privatindustrie vor. Die Eisenbahndirektion in Erfurt hat die Löhne um 10 Proz. herabgesetzt, und zwar als Weihnachtsbescheerung. Wie läßt sich das rechtfertigen in einem Staatsbetriebe, der ein Musterbetrieb sein soll? Ein sächsisches Amtsblatt hat über die Verhältnisse der Arbeiter in der Spielwaarenindustrie Schilderungen veröffentlicht, die den Nothstand offen darlegen. Danach ernähren sich die Familien von Kartoffeln und Spülwasser, und nur wenige bringen es zu trockenem Brot. Eine ganze Familie verdient in einer Woche 4 bis 6 Mark. So sieht es in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterwelt aus. Sämmtliche Redner haben ausgesprochen, daß unsere Partei das ihrige zur Beilegung des Streiks thun möchte. Wir übernehmen nicht die Verantwortung für den Streik, den wir für einen unbesonnenen halten. Aber wir können ihn nicht aus der Welt schaffen. Es sind ja die Wähler der Herren v. Stumm und Moeller, diese reichstreuen Arbeiter, die in den Ausstand eingetreten sind. Darum wenden Sie doch Ihren Einfluß an! Man wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie den Export durch Agitation gegen die Unternehmer geschädigt haben. Nein, die deutsche Industrie hat sich durch ihre billige und schlechte Arbeit selbst geschädigt. Und ferner hat sie der Verfasser der „Judenflinten" geschädigt, Ihr Parteigenosse, den Sie (rechts) gefeiert haben über den Schellenkönig (Beifall links, Widerspruch und Unruhe rechts). Und das Zentrum war es, das die Schienenflickerei ans Licht gezogen hat, nicht wir. Herr v. Stumm versteht die Sozialdemokratie gar nicht, schon das Wort „Sozialdemokratie" beraubt ihn aller Objektivität. Er hält jeden Arbeiter für einen Sozialdemokraten, der auch nur eine irgendwie selbständige Regung zeigt. Sozialdemokratische Arbeiter haben niemals Gewaltthätigkeiten begangen. Die sozialdemokratische Partei hat mit dem Streik selbst und mit dem Rechtsschutzverein nicht das Geringste zu thun. Es mag sein, daß unter den Vorstandsmitgliedern des Vereins einige sind, die sich zu unserer Partei rechnen, aber die meisten haben meines Wissens mit der Sozialdemokratie nichts zu thun. Warken hat sich bei der letzten Reichstagswahl ausdrücklich als königstreuen Arbeiter in die Agitation eingeführt, das andere Vorstandsmitglied Grillo ist ausgesprochen ultramontan, und der Rechtsanwalt Heyder war bis in die letzte Zeit hinein Mitglied des Kaisergeburtstagsfestkomites gewesen. Das einzig ruhige Bergarbeitergebiet ist das in dem unser Parteigenosse Stolle gewählt worden ist. Nicht als ob wir jeden Streik verwerfen, nein, wir werden dieses Mittel immer anwenden, aber nur dann, wenn es uns paßt, und nicht, wenn es Ihnen paßt. Die sächsischen Bergarbeiter streiken nicht, obwohl sie Grund genug haben, weil wir es ihnen in der heutigen arbeitslosen Zeit abrathen. Das sind unsere Wähler, die wählen nicht Herrn v. Stumm, und mag er sich auf den Kopf stellen. (Heiterkeit.) Das ist das Resultat unserer Erziehung und Aufklärung. Die Vorgänge in dem Wahlrevier des Abg. v. Stumm zeigen, wie weit es das System Stumm gebracht hat. Wer weiß, wie lange noch die feste Hand des Frhr. v. Stumm regiert, denn eine Grenze hat Tyrannenmacht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die staatlichen Behörden thun selbst alles, um Erregung in die Arbeiterschaft zu tragen, indem sie die Koalitionsfreiheit der Arbeiter mißachten. Die Breslauer Eisenbahndirektion hat einen seit 1872 beschäftigten Schlosser „wegen sozialdemokratischer Agitation" entlassen. die Agitation bestand darin, daß der Betreffende eine Metallarbeiterversammlung besuchte, die zur Gründung eines Fachvereins führen sollte. Herr v. Stumm brauchte also der Regierung nicht den Vorwurf der Energielosigkeit gegenüber der Sozialdemokratie zu machen. Herr v. Stumm hat seine allerhöchste Entrüstung darüber ausgesprochen, daß in der neuen Arbeitsordnung der Gruben des Saarreviers den Arbeiterausschüssen zu weitgehende Befugnisse eingeräumt seien. Nach Herrn v. Stumms Ansicht hat ein Arbeiter freilich nur zu gehorchen und zu arbeiten. Thatsächlich sind aber die Befugnisse höchst minimal, da die Arbeiterausschüsse in allen Fragen nur gutachtlich gehört werden, ohne daß ihnen eine exekutive Befugniß eingeräumt wird. Der bureaukratisch-militärische Geist, die Art, mit den Arbeitern als Ziffern und Nummern umzugehen, ist allein Schuld an Streiks. Mit diesen Leuten nicht umgehen zu können, dazu gehört schon eine große Ungeschicklichkeit. Soll es die Leute nicht verbittern, wenn in das bisherige Verhältniß so tief eingegriffen wird? Insbesondere trug dazu die Einführung des Systems der Lehrhauer bei. Dieselben sollen weniger Lohn erhalten als die Vollhauer erhalten und als sie selbst früher erhalten haben. Das bedeutet, daß diese Leute neun Jahre hindurch nicht den vollen Antheil am Gewinn erhalten. Die streikenden Bergarbeiter wollen weiter nichts als das, was ihnen bisher zugekommen ist. Die Leute haben nachweisen wollen, daß ihr Lohn nicht durchschnittlich 4,50 M. gewesen sei, wie ja auch der Handelsminister zugegeben hat. Sie sind mit der Bemerkung zurückgewiesen worden, das seien Unverschämtheiten. Noch niemals haben sich die Bergarbeiterfrauen in solchem Umfang an einem Streik betheiligt. Die einzige Erklärung dafür ist die, daß der Druck, unter dem die Leute leiden, wenigstens zu leiden glauben, viel größer ist als angenommen wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Minister hat das Beispiel der Frau angeführt, welche 60 Mark aus der Knappschaftskasse empfangen habe. Die Frau hat auch angegeben, daß sie sechs Kinder zu ernähren hat. So liegt die Sache. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister hat weiter den Vorstandsmitgliedern des Rechtsschutzvereins den Vorwurf der Unterschlagung gemacht. Bisher ist es üblich gewesen, daß man, ehe man einen solchen Vorwurf erhebt, den Beweis abwartet. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was Baare recht ist, ist diesen Leuten billig. Sie sind jetzt mitten im Streik verhaftet worden wegen einer Sache,

die bereits seit zwei Jahren schwebt. (Lebhaftes Hört, Hört bei den Sozialdemokraten.) Ich wiederhole, es ist nicht üblich, seinen ehrlichen Nebenmenschen zu verdächtigen, bevor nicht ein Beweis erbracht ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Handelsminister Frhr. **von Berlepsch:** Ich muß die letzte Bemerkung entschieden zurückweisen. Ich halte mich berechtigt, die Thatsache anzuführen (Abg. Bebel: Keine Thatsache!), daß die betreffenden Leute wegen Unterschlagung verhaftet worden sind. Ob sie wegen einer Thatsache verhaftet worden sind, die zwei Jahre zurückliegt, weiß ich nicht. (Abg. Bebel: Um so schlimmer! Präsident v. Levetzow bittet den Redner nicht zu unterbrechen.) Die Thatsache der Verhaftung anzuführen, dazu habe ich das Recht.

Staatssekretär **von Bötticher:** Es ist eine Unwahrheit, daß ich einen Nothstand geleugnet habe. Nach dem stenographischen Bericht habe ich einen partiellen Nothstand zugegeben und die Behörden aufgefordert, dem, wo es ginge, abzuhelfen.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

In persönlicher Bemerkung erklärt Abg. **Auer** (S.-D.): Wenn der Minister nur ausgesagt hätte, die Vorstandsmitglieder seien wegen des Verdachts der Unterschlagung verhaftet, hätte ich nichts dagegen gesagt. Er hat aber eine Reihe von Schlußfolgerungen bezüglich des Charakters der Personen gezogen. Dagegen habe ich mich gewandt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Berathung und Branntweinsteuernovelle).

Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 13. Januar, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Der Gesetzentwurf, betr. den Vorsitz des Pfarrers im katholischen Kirchenvorstande im Geltungsbereich des rheinischen Rechts, wird in direkter Berathung unverändert angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betr. Aenderung des Wahlverfahrens.

Abg. Dr. **Bachem** (Ztr.) Das vorgelegte Gesetz enthält eine kleine Besserung gegenüber den Zuständen, wie sie sonst in Folge der Steuerreform entstehen würden. Aber das Gesetz ist noch weiter verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig. Die Regierung will den Status quo ante herstellen. Sie hätte aber weiter gehen müssen und den Status herstellen müssen, der sich nach dem Erlaß des Wahlgesetzes von 1849 ergab, wenn sie nicht schon eine gründliche Aenderung vornehmen wollte. Denn inzwischen haben sich die Verhältnisse entschieden zu Ungunsten der weniger bemittelten Klassen verschoben. Im Art. 72 der Verfassung ist uns ein neues definitives Wahlgesetz versprochen worden. Wenn man nun schon jetzt gezwungen ist, Flickwerk zu machen, warum will die Regierung nicht nach dem Zustandekommen der Steuerreform jenes versprochene Wahlgesetz machen? Wenn man schon die Steuern zum Ausgangspunkte für die Wahlberechtigung macht, so wird man dazu kommen müssen, nicht blos die direkten, sondern auch die indirekten Steuern in Betracht zu ziehen. Das wäre doch nur recht und billig gegenüber der ärmeren Bevölkerung, die durch die indirekten Steuern am meisten belastet wird. Der vorliegende Entwurf behandelt staatliches und kommunales Wahlrecht gleich. Eine differentielle Behandlung beider wäre richtiger. Dadurch, daß die Dreitheilung in der Weise erfolgt, daß auf die I. Klasse $^5/_{12}$, die II. $^4/_{12}$, die III. $^3/_{12}$ der Steuern entfällt, findet zwar eine Verschiebung zu Gunsten der dritten Klasse statt auf der anderen Seite aber haben wir durch die Anrechnung von Provinzial- und Kreissteuern eine plutokratische Zuspitzung zu befürchten, die alle Vortheile jener Eintheilung hinfällig macht. Wir beharren auf dem Vorschlag, daß für jede Klasse ein bestimmtes Prozentverhältniß der Wähler festgesetzt wird. Nur dadurch können die üblen Folgen des Regierungsvorschlages einigermaßen beseitigt werden. In einigen rheinischen Gemeinden ist das heutige Prozentverhältniß der Wähler in den einzelnen Klassen besonders kraß, so ist die Zahl der Wähler erster Klasse in Mühlheim nur 4, in Düren 9, denen Tausende von Wählern dritter Klasse gegenüberstehen. Die Zahl der Wähler in der ersten Klasse sollte wenigstens 10 Prozent, die der zweiten wenigstens 20 Prozent der Gesammtzahl der Wähler betragen. Nur auf dem Lande würde dieses Verhältniß nicht passen. Diese Vorschläge sind aber auch nur Flickwerk. Wir werden dahin gelangen müssen, das geheime Wahlrecht einzuführen. Wir haben es für den Reichstag eingeführt, weil wir nicht wollten, daß andere Potenzen auf die Wahl einen Einfluß ausüben, als das eigene Gewissen und die Anschauungen des Wählers. Warum will man nicht dieselben Grundsätze für das staatliche und kommunale Wahlrecht einführen? Die Beeinflussung der Wähler durch Personen, die einen materiellen Druck auf dieselben auszuüben im Stande sind, ist so stark geworden, daß das geheime Wahlrecht eingeführt werden muß. Wenn der jetzige Entwurf nicht gründlich verbessert wird, so werden wir ihn entschieden ablehnen müssen. Ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Francke** (Tondern, nl.): Zur Zeit liegt keine Veranlassung vor zu einer durchgreifenden Aenderung unseres Landtagswahlrechts, da wir die Wirkungen der Steuerreform noch nicht kennen. Der vorgelegte Entwurf soll nur und kann nur einen provisorischen Charakter haben. Wir werden daher von der Erörterung anderer großer Fragen absehen und uns nur im Rahmen dieses Gesetzes bewegen, da wir sonst zu keinem Ende kommen würden. Der Erfolg der Vorlage, welche die seßhafte Bevölkerung in ihrem Wahleinfluß stärkt, ist mir sehr sympathisch.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole): Die Besserungen des Gesetzes gegenüber dem bisherigen Zustand sind ungenügend. Sollten noch weitere Steuern, z. B. die Vermögenssteuer, angenommen werden, dann würde noch eine weitere Verschiebung zu Ungunsten der dritten Klasse eintreten. Der Vertheilungsmaßstab muß verbessert werden, damit den unteren Klassen, welche den größten Theil der indirekten Steuern zu tragen haben, ihr Recht wird. Dafür wird die Kommission sorgen müssen.

Abg. **v. Tschoppe** (frk.): Die Vorlage kennzeichnet sich als ein Provisorium, welches ein Gesetz anbahnen soll, das erlassen werden muß, wenn die Wirkungen der Steuerreform zu übersehen sind. Die Anrechnung der aufzuhebenden Realsteuern begrüßen wir mit besonderer Freude, weil wir eine Schmälerung der Rechte der seßhaften Bevölkerung tief beklagen würden. Bedenken erregt dagegen die Anrechnung der Kommunallasten. Ueber den Umfang der Gemeindesteuern können Zweifel bestehen. Vielleicht bietet § 55 des Kommunalsteuergesetzes eine Handhabe. Die Schulsteuern sind in einem Theil der Monarchie Gemeindesteuern, in anderen Sozietätsabgaben. Auch sie bilden eine schwere Belastung. Es ist deshalb zu erwägen, ob auch diese nicht angerechnet werden müssen. Auch meine politischen Freunde unterstützen den Antrag auf Verweisung an eine Kommission. Die Vorschläge des Abg. Bachem werden unsere Zustimmung niemals finden. Die Erfahrungen, welche wir mit dem geheimen Wahlrecht bei den Reichstagswahlen gemacht haben, beweisen doch, daß in dem geheimen Stimmrecht kein Mittel gegen die Sozialdemokratie liegt. (Beifall rechts).

Abg. **Rickert** (df.): Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß unser ganzes künstliches Wahlsystem von der Mehrheit dieses Hauses noch verschlechtert werden wird. Doch hoffe ich, daß einzelne Theile als unhaltbar erkannt werden. Auch Fürst Bismarck hat sich bekanntlich gegen dies System und für das geheime allgemeine Wahlrecht erklärt. Wir haben keinen Grund, von unserm Standpunkt abzugehen. Der Unterschied, welcher sich bei den Reichstagswahlen und den Landtagswahlen zeigt, wird dazu führen, daß das Landtagswahlrecht noch mehr versumpft. Die Betheiligung bei den Reichstagswahlen ist bedeutend größer als bei den Landtagswahlen. Bei den ersteren steigt die Betheiligung, bei den letzteren sinkt sie. An dem, was im preußischen Abgeordnetenhaus verhandelt wird, hat aber jeder Bürger, auch der ärmste, gleiches Interesse. Erste Bedingung für die Annahme eines Wahlgesetzes ist die Einführung der geheimen Wahl. Wird diese mit gehörigen Kautelen versehen, dann ist jeder Terrorismus, auch der der Sozialdemokraten, ausgeschlossen. Gegenüber dem bestehenden Modus sind alle Beamte in einer eigenthümlichen Lage. Nirgends kann ein größerer Gewissenszwang ausgeübt werden als bei der öffentlichen Wahl. Sie (rechts) haben gut reden von Mannesmuth, Sie sitzen in der Wolle. Weshalb sind in diesem Entwurf nicht die indirekten Steuern angerechnet, statt daß aufgehobene Steuern angesetzt worden? Die Folge wäre lediglich, daß sich der Schwerpunkt ein wenig nach der dritten Klasse verschiebt. Dies Gesetz ist ein künstliches Machwerk. Warum werden nicht anerkannte Mißstände des jetzigen Wahlverfahrens beseitigt? Es kommt z. B. vor, daß Minister in der dritten Klasse wählen müssen. Auch wäre es wünschenswerth, daß die Urwählerwahlen möglichst an einem Tage stattfinden. Eine Vereinfachung unseres Wahlverfahrens ist schon seit langer Zeit ersehnt. Wir werden uns der positiven Mitarbeit an diesem Entwurf nicht entziehen und uns über jede Verbesserung freuen, die wir an dem Entwurf anbringen können.

Abg. **v. d. Heydebrand u. d. Lasa** (kons.): Die Ansetzung von 3 M. für denjenigen, welcher gar keine Steuern zahlt, bedeutet an sich schon eine große Verstärkung der dritten Klasse. Dem gegenüber ist es zweifelhaft, ob wir nicht an den alten Bestimmungen für die erste Klasse festhalten sollen. Im Allgemeinen stehen wir auf dem Boden der Vorlage, denn wir halten es für ein durchaus richtiges Prinzip, daß die aufgebrachten Steuern einen Maßstab für den Einfluß auf die Wahlen bilden. Eine Berücksichtigung indirekter Steuern können wir nicht zugeben; denn wo giebt es einen sicheren Maßstab für die Höhe der direkten Steuern? Für die geheime Wahl sind wir nicht zu haben. Das bestehende Wahlsystem ist das einzige Mittel, um den Umsturz aufzuhalten. (Lebhafter Beifall rechts).

Abg. **Herold** (Ztr.) hält die Anrechnung der indirekten Steuern nicht für thunlich, weil sie Reichssteuern seien. Die geheime Wahl müsse eingeführt werden, weil die öffentliche Wahl zur Beeinflussung des Arbeiters und zur Zerreißung selbst der intimsten Familienbande führe.

Abg. Dr. **Herrfurth** (fraktionslos): Ich erkläre mein prinzipielles Einverständniß mit der Tendenz der Vorlage, das bestehende System von Mißständen zu säubern, welche namentlich bei der Aenderung des Staatssteuersystems eingetreten sind. Die Bedeutung des Reichstagswahlrechts besteht darin, daß es ein allgemeines ist. Aber das Wahlrecht zum Landtag ist ebenso ein allgemeines. Mit vollem Recht hält die Vorlage an diesem Grundsatz fest. Das Landtagswahlrecht ist ein Klassenwahlrecht, aber innerhalb der Klassen ist es ein gleiches. Dieses System fest zu halten, liegt im Interesse der Aufrechterhaltung unserer gesellschaftlichen Zustände. Hieran zu ändern wäre ein verhängnißvoller Fehler. Das Landtagswahlrecht hat die Neigung, sich fortwährend zu verschieben, und zwar meistens nach der plutokratischen Seite, durch die Einkommensteuer, die Einführung der Vermögenssteuer, durch Einführung des neuen Gewerbesteuergesetzes. Bedenken habe ich bezüglich der Einzelbestimmungen im § 2. Zweifelhaft ist mir auch, ob durch den Prozentsatz von $^5/_{12}$, $^4/_{12}$, $^3/_{12}$ alle Verschiebungen beseitigt werden, welche durch die Gewerbesteuer eintreten. Vielleicht läßt sich der Vorschlag des Abg. Bachem dahin ermäßigen, daß man für die erste Klasse 5, für die zweite Klasse 15 Proz. festsetzt. Alle diejenigen, welchen die Beibehaltung des Dreiklassenwahlsystems am Herzen liegt, müssen dafür sorgen, daß alle damit verbundenen Uebelstände beseitigt werden. Diese Aufgabe ist eine schwierige, und der vorliegende Gesetzentwurf hat sie nicht voll geleistet. Die bloße Existenz des Reichstagswahlrechts ist eine schwere und dauernde Gefahr für das Dreiklassenwahlsystem. Dasselbe zu stärken, wird Aufgabe der Kommission sein. (Beifall rechts.)

Abg. **Dasbach** (Ztr.) befürwortet geheime Wahl.

Abg. Dr. **v. Gneist** (nl.): Alle Wahlgesetze, welche aus Fraktionsbeschlüssen und aus dem Streit der Parteien hervorgegangen sind, haben keinen Bestand gehabt. Alle Wahlgesetze von Dauer verdanken ihren Ursprung der Monarchie, der Diktatur oder der Quasidiktatur. Das preußische Wahlgesetz rührt aus der Monarchie her, und das ist kein ungünstiges Zeichen für seinen Bestand. Vom bloßen Interessenstandpunkt aus kann man kein Wahlgesetz machen. Wenn man sagt, Jedermann hat an den Vorgängen hier ein Interesse, deshalb muß allgemeine Wahl eingeführt werden, so könnte man auch sagen: auch die Weiber und Kinder haben ein Interesse daran und müssen wahlberechtigt sein. Unsere ganze Entwickelung geht dahin, daß denjenigen, welche mehr für den Staat leisten, auch ein entsprechender Einfluß auf die Wahlen zuerkannt werde. Unser Wahlsystem ist nicht das schlechteste. (Beifall und Händeklatschen bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. **Meyer** (Berlin; dfr.): Das allgemeine geheime Wahlrecht paßt nicht für die Kommunen. Damit ist aber noch nicht bewiesen, daß es nicht für das Parlament paßt. Jede Aenderung des Steuersystems ruft eine Aenderung des Wahlrechts hervor. Nun meine ich aber, daß das Wahlrecht fest stehen muß, während hingegen das Steuersystem zu den beweglichsten Dingen gehört. Weil das Wahlrecht zu den konservativsten Elementen des Staatslebens gehört, muß es, wenn einmal eine Aenderung nothwendig geworden ist, gleich so gründlich geändert werden, daß eine neue Aenderung auf Jahre hinaus nicht zu erwarten ist. Es ist auffallend: Alles, was den Konservativen zufällt, betrachten sie als ein wohlerworbenes Recht, alles, was den anderen Parteien in den Schoß fällt, betrachten sie als einen Raub. Dabei fällt mir eine kleine Anekdote ein, die schon deshalb bei einigen im Hause Anklang finden wird, weil sie einen antisemitischen Geruch hat. (Heiterkeit.) Es war einmal ein Jude, der von einem reichen Glaubensgenossen ein ansehnliches Almosen erhielt. Eines schönen Tages sagte der Geber: ich habe Unglück im Geschäft gehabt, ich kann Dir nichts geben. Worauf der Empfänger sagte: wer heißt Dich handeln mit meinem Geld. (Heiterkeit.) Sie (nach rechts) glauben, daß der Reichskanzler mit Ihrem Gelde gehandelt hat. Wir wünschen, daß das Wahlgesetz von Grund auf geändert wird. Wir gehen dabei ohne Erregung vor. Wir glauben, daß das Zentrum besonderes Interesse daran hat, daß nur im Zusammenhang mit der Steuerreform ein Wahlgesetz verabschiedet wird. Wir legen die weitere Behandlung der Sache vertrauensvoll in die Hände des Zentrums. (Große Heiterkeit.)

Die weitere Berathung wird alsdann auf Sonnabend 11 Uhr vertagt. Schluß 3½ Uhr.

Deutschland.

△ **Berlin**, 13. Jan. In Sachen des deutsch-russischen Handelsvertrages ist in dieser Woche eine Wendung zum Besseren eingetreten. Es sind neue russische Vorschläge hier eingetroffen, und wir hören zuverlässig bestätigen, daß diese Vorschläge die schon geschwunden gewesene Hoffnung auf das Zustandekommen eines Zollabkommens wieder belebt haben. Die Darstellung, die in Finanzkreisen wie auch in einigen auswärtigen Blättern von der Sachlage gegeben wird, macht freilich einen etwas stark optimistischen Eindruck. Nach unseren Quellen sind die russischen Anerbietungen an und für sich noch nicht derart, daß die Regierung diese Vorschläge nur einfach anzunehmen brauchte. Der Werth der jenseitigen Erbietungen liegt nur darin, daß sie eine neue Verhandlungsgrundlage schaffen, auf der man hier zum Ziele kommen zu können glaubt, wenn die russische Regierung noch um einiges weiter in ihren Zugeständnissen geht. Ob sie das aber thun wird, steht dahin. Ueberhaupt ist es zu gemeinsamen Berathungen noch gar nicht gekommen, sondern es liegen nur die gegenseitig ausgetauschten umfangreichen prinzipiellen Erklärungen vor, die in jedem Falle der Spezialisirung durch sachverständige Kommissarien bedürfen würden.

— Der Kaiser ist heute Freitag Vormittag 10½ Uhr von Karlsruhe nach Berlin zurückgekehrt. Er begab sich vom Bahnhofe alsbald zum Reichskanzlerpalais, wo er längere Zeit mit dem Reichskanzler konferirte.

Königsberg i. Pr., 13. Jan. Der Vorsitzende des ostpreußischen konservativen Vereins, Graf Dönhoff-Friedrichstein, und der Schriftführer Landrath Baron Hüllessem haben in der letzten Ausschußsitzung ihre Aemter niedergelegt, weil der Antrag des Grafen Dönhoff, sich von dem Tivoli-Programm des Berliner Zentralvereins zu trennen, abgelehnt wurde.

Dortmund, 13. Jan. Da das Verbot, auf der Hobertsburg eine Versammlung für Dortmund und dessen Umgebung abzuhalten, wegen des kurzen Zeitraumes wenig bekannt geworden war, kamen heute Nachmittag etwa 3000 Bergleute mit der Eisenbahn und zu Fuß nach der Hobertsburg gezogen. Infolge der Aufforderung der Polizei, auseinanderzugehen, kehrte die Menge unter Hurrahrufen nach der Stadt zurück und zog auf den Steinplatz, auf welchem sie sich ebenso wie auf den umliegenden Straßen festzusetzen suchte. Die Polizei schritt wiederholt ein und veranlaßte die Menge auseinanderzugehen. Einzelne Personen wurden verhaftet. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe ist eine starke Polizeimacht aufgeboten.

Bochum, 13. Jan. In dem hiesigen Revier sind zur Frühschicht sämmtliche Belegschaften angefahren.

Gelsenkirchen, 13. Januar. Auf „Hibernia“, „Wilhelmine“, „Bismarck“, „Consolidation“, „Unser Fritz“ sind insgesammt 1300 Bergleute mehr angefahren als gestern.

Essen a. d. Ruhr, 13. Jan. Bei der heutigen Morgenschicht waren 16500 Bergleute ausständig, und zwar auf Grube „Carolus Magnus“ 388, Christian Levin“ 380, „Neu-Cöln“ 509, „Wolfsbank“ 839, „Gustav“ 212, „Hibernia“ 1220, „Wilhelmine Victoria“ 1813, „Carolinenglück“ 32, „Heinrich Gustav“ 1305, „Consolidation“ 1500, „Pluto“ 1341, „Unser Fritz“ 1031, „Glückauf Tiefbau“ 650, „Graf Beust“ 80, „Borussia“ 100, „Zollern“ 608, „Germania II“ 676, „Germania I“ 553, „Dorstfeld“ 232, „Nordstern“ 80, „Bickefeld“ 20, „Wiendahlsbank“ 210, „Kaiser Friedrich“ 186, „Luise Tiefbau“ 127, „Bismarck“ 950 und „Neu-Iserlohn“ 2306. Heute sind in den Streik neu eingetreten auf Grube „Gottessegen“ 56 Mann, „Freie Vogel“ 220, „Lothringen“ 103, „Graf Schwerin“ 120, „Prosper“ 1600, „Caroline“ 37, „Freiberg“ 78 und „Schürbank“ 150. Zur heutigen Morgenschicht sind voll angefahren die Belegschaften der Gruben „Amalie“, „Friedrich“, „Ernestine“, Königsborn“ und „Tremonia“.

Aus dem Gerichtssaal.

B. C. **Berlin**, 12. Jan. Die Frage der Immunität der preußischen Landtagsabgeordneten gelangte heute anläßlich einer von dem Zeitungsverleger Rudolf Mosse gegen den verantwortlichen Redakteur der „Kreuzztg.“ Frhrn. v. Hammerstein angestrengten Privatklage in der Revisionsinstanz vor dem Straf-Senat des Kammergerichts zur Verhandlung. Frhr. v. Hammerstein war von der 8. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. aus dem Grunde, weil er den Kläger in seiner Eigenschaft als Verleger der „Berliner Morgenzeitung“ öffentlich beleidigt hatte, zu 1000 M. Geldstrafe event. 100 Tagen Gefängniß verurtheilt und sein Einwand der Verjährung auf Grund des § 20 des Preßgesetzes und des Art. 84 der preußischen Verfassung zusammen mit dem weiteren, daß er Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses sei, verworfen worden. Der Gerichtshof hatte angenommen, daß § 84 der preußischen Verfassung zwar in Abs. 2 jede Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Mitglieder des Landtages außer bei der Ergreifung bei Ausübung der That bezw. am nächsten Tage untersagt, daß aber nach Absatz 4 daselbst ein zur Zeit der Eröffnung der Sitzungsperiode bereits schwebendes Strafverfahren so lange seinen Fortgang haben solle, bis die betreffende Kammer die Einstellung desselben ausdrücklich verlangt. Der Gerichtshof faßte seine Schlußfolgerung dahin zusammen, daß alle Verfügungen des Gerichts innerhalb eines beim Beginn der Sitzungsperiode schon anhängigen Strafverfahrens so lange volle Giltigkeit und Wirksamkeit behalten, bis die Einstellung seitens des Landtags angeordnet ist. Daß im vorliegenden Falle das Abgeordnetenhaus eine Einstellung des Verfahrens verlegt habe, sei vom Angeklagten nicht behauptet worden. Das Strafverfahren sei im vorliegenden Falle schon vor der am 14. Januar 1892 erfolgten Eröffnung des Landtags durch die am 18. Dezember 1891 erfolgte Einreichung der Klage eingeleitet. Somit war die am 31. Januar 1891 erfolgte Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Angeklagten geeignet, die sechsmonatliche Verjährung aus § 22 des Preßgesetzes zu unterbrechen, desgleichen die nach Schluß des Landtags am 18. Juli erfolgte Anberaumung eines Termins zur Hauptverhandlung. Eine Verjährung der Strafverfolgung sei also nicht eingetreten. — Der Beklagte legte hiergegen Revision bei dem Kammergericht ein, welches heute über dieselbe verhandelte, aber nach längerer Berathung endlich dahin schlüssig wurde, heute noch nicht in der Sache zu erkennen, sondern die Entscheidung bis nach Schluß der Sitzungsperiode des jetzigen Landtags zu vertagen. Wir werden seiner Zeit über die Entscheidung dieses nach vielen Richtungen hin interessanten Falles, der jetzt von besonderer aktueller Bedeutung ist, eingehend berichten.

B. C. **Berlin**, 12. Jan. In Bezug auf die polizeiliche Anmeldefrist hat der Strafsenat des Kammergerichts dieser Tage anläßlich eines konkreten Falles eine wichtige grundsätzliche Entscheidung gefällt, indem er nämlich im Gegensatz zu den Vorinstanzen annahm, daß die Frist zur Anmeldung zuziehender Personen nicht etwa dadurch verlängert wird, wenn der sechste

Tag auf einen Sonn= oder Festtag fällt, sondern daß derartige Tage stets in die sechstägige Frist mit eingerechnet werden müssen.

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 13. Jan. Wie die Cholera=Kommission des Senats mittheilt, ist bei noch einem Matrosen des spanischen Dampfers „Murciano" heute Cholera festgestellt worden.

Schwerin i. Meckl., 13. Jan. Der Baritonist, Kammersänger Karl Hill, ist gestern hier gestorben.

Wien, 13. Jan. Die „Polit. Korr." erfährt aus Konstantinopel, daß sich die angeblichen diplomatischen Schritte Rußlands betreffs der jüngsten bulgarischen Verfassungsänderung auf eine Anfrage über die Auffassung der Pforte beschränkten. Die Antwort habe im Wesentlichen gelautet, die Pforte sehe die Frage als eine interne Angelegenheit Bulgariens an. Seitdem sei das russische Kabinet auf die Angelegenheit nicht wieder zurückgekommen.

Wien, 13. Jan. In einer hier abgehaltenen Konferenz der sozialdemokratischen Vertrauensmänner wurde erklärt, daß die Beschlüsse des Berliner Parteitages bezüglich der Einschränkung der Maifeier für Oesterreich nicht maßgebend seien. Es wurde beschlossen, die Maifeier wie früher zu begehen und den internationalen Sozialisten=Kongreß in Zürich zu beschicken.

Petersburg, 13. Jan. Generallieutenant Kochanow ist seines Postens als General=Gouverneur von Wilna unter Ernennung zum Mitglied des Reichsraths enthoben worden.

Dem früheren Finanzminister, Mitglied des Reichsrathes, Wyschnegradsky, sind mit einem äußerst huldvollen kaiserlichen Handschreiben die Brillanten zu dem Alexander=Newski Orden verliehen worden.

Petersburg, 13. Jan. Zum Generalgouverneur von Wilna ist Generallieutenant Orshewsky ernannt worden.

Petersburg, 13. Jan. Der Bericht des Finanzministers Witte an den Kaiser betont die schwierige Lage des Landes, die durch die Mißernte und die Cholera hervorgerufen sei; jedoch sei eine sichtliche Besserung eingetreten; überhaupt sei ein vollständiges Ueberwinden der Krisis sicher zu erwarten. Im Gegensatze zu den früheren Finanzministern entwickelte Witte ein klares Programm, welches namentlich darin besteht, daß die Ausgaben des Staates für die Hebung der ökonomischen Lage, für Handel, Industrie und Landwirthschaft nicht verkürzt werden dürfen, daher werden die Ausgaben für Eisenbahn= und Hafenbauten und für Kulturarbeiten des Domänenministeriums erhöht. Die neuen Steuer=Erhöhungen betrügen 24$^1/_2$ Millionen Rubel und seien nothwendig geworden, um die durch den Nothstand verkürzten Mittel der Reichsrentei zu ergänzen. Witte betont entschieden die volle Friedensliebe Rußlands und erklärt, die Goldansammlungen bezweckten keineswegs die Bildung eines Kriegsfonds. Die Goldvorräthe im Betrage von 600 Millionen, von denen 360 Millionen zur Deckung des Kreditgeldes dienten, hätten den Zweck, die ausländischen Börsenspekulationen zur Erniedrigung der russischen Noten und Fonds zu bekämpfen. Die Regierung werde im Falle eines Bedürfnisses davon Gebrauch machen.

Kopenhagen, 13. Jan. Der Zugang nordwärts nach Kopenhagen war heute Vormittag durch Eisgang vollkommen gesperrt.

Basel, 13. Jan. Das hiesige Zivilgericht hat in dem Prozesse, welchen von Kempen, einer der bei dem Münchensteiner Eisenbahnunglück Geschädigten gegen die Jura=Simplon=Eisenbahn angestrengt hat, letztere zur Zahlung einer einmaligen Entschädigung von 10 000 Franken, ferner einer jährlichen Rente von 4000 Franken und der Prozeßkosten verurtheilt. Die Gesammtforderung des Geschädigten hatte 95 000 Franken betragen.

Bern, 13. Jan. Der Bundesrath genehmigte den zwischen dem Finanzdepartement und der Schweizerischen Creditanstalt in Zürich abgeschlossenen Vertrag betreffend die Uebernahme des 3$^1/_2$prozentigen Anlehens vom 31. Dezember 1892 im Betrage von 5 Millionen Frcs. Dem Vertrage ist die „Union financière de Genève" als Mitübernehmerin des Anlehens beigetreten. Der Uebernahmepreis beträgt netto 101$^1/_4$ Proz., wobei beide Banken verpflichtet sind, bestimmte Beträge an andere schweizerische Bankgruppen zu Originalpreisen abzutreten. Eine Begebung dieser Titel durch eine öffentliche Ausschreibung Seitens des Finanz=Departements findet nicht statt.

Paris, 13. Jan. Der Senat verhandelte heute über einen von Tolain eingebrachten Antrag, in welchem verlangt wird, daß die Direktoren der Gruben und Eisenbahnen in Zukunft vom Staate ernannt werden sollen. Nachdem der Minister der öffentlichen Arbeiten im Laufe der Verhandlungen erklärt hatte, die Regierung würde eine bezügliche Vorlage einbringen, zog Tolain seinerseits den Antrag zurück.

Paris, 13. Jan. Die Vorstände der republikanischen Gruppen des Senats haben dem Ministerpräsidenten Ribot gegenüber ihre Beunruhigung ausgesprochen über die Menge von Verleumdungen, welche gegen den Präsidenten Carnot in Umlauf gesetzt seien, und Ribot zugleich ihrer thatkräftigen Unterstützung versichert, um diesen Bestrebungen ein Ziel zu setzen. — Wie verlautet ist die gerichtliche Untersuchung wider Baïhaut nahezu beendet. Es heißt, der Prozeß gegen Baïhaut würde als ein besonderer Prozeß und noch vor dem Prozeß gegen die Verwaltungsräthe der Panama=Gesellschaft zur Aburtheilung gebracht werden.

Paris, 13. Jan. Die Meldung verschiedener Blätter, das gestern wichtige Papiere Artons mit Beschlag belegt worden seien, wird von der Polizeipräfektur für unbegründet erklärt.

Paris, 13. Jan. [Panama=Prozeß.] Um 1$^1/_2$ Uhr wurde heute in der Vernehmung der Zeugen fortgefahren. Fregatten=Kapitän Fraysset, welcher mit der Ueberwachung des Personals der Panama=Gesellschaft beauftragt war, erklärte, er habe öfters beobachtet, daß Lesseps mit Schwierigkeiten bei dem Unternehmen zu kämpfen hatte. Im weiteren Verlaufe brachte ein als Zeuge vernommener Panama=Aktionär eine lange Reihe von Anklagen gegen die Gesellschaft, gegen die Presse und gegen die Parlamentsmitglieder vor, welche das Publikum getäuscht hätten. Der Präsident untersagte schließlich dem Zeugen, damit fortzufahren. — Im weiteren Verlaufe der heutigen Verhandlung wurde der Vorstand der Buchhalterei der Panama=Gesellschaft, Hieronymus, über die Bons ohne Namen vernommen. Hieronymus erklärte trotz der Vorhaltungen des Präsidenten und des Staatsanwaltes, die Namen der Empfänger dieser Bons nicht angeben zu können. Nach dem Verhör zweier anderer Beamten der Panama=Gesellschaft, welche aussagten, sie könnten über die auf Inhaber lautenden Bons keine Auskunft geben, wurde der Finanzier Hugo Oberndörffer vernommen. Derselbe erklärte, er habe für seine Betheiligung an dem Syndikat 1 600 000 Francs und dafür, daß er der Gesellschaft die Idee der Loos=Obligationen lieferte, 2 Millionen erhalten.

Paris, 13. Jan. Die am vergangenen Sonnabend verhafteten Nihilisten sind gestern in Calais zur Fahrt nach England zu Schiffe gebracht worden.

London, 13. Jan. Das „Reuter'sche Bureau" erfährt von unterrichteter Seite, Sir West Ridgeway werde auf seiner Reise nach Tanger von keinem Geschwader begleitet sein. Ridgeway werde sich höchstens dem Brauche gemäß auf einem Kriegsschiffe dahin begeben. In Fragen, welche die Interessen der europäischen Mächte in Marokko berührten, werde derselbe im Einvernehmen mit den Vertretern Frankreichs, Spaniens und der anderen Mächte handeln.

Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Buenos=Ayres gemeldet, die Aufständischen der Provinz Corrientes seien entwaffnet, die Revolution sei unterdrückt.

Sofia, 13. Jan. Dem heutigen Neujahrs=Empfange wohnten das diplomatische Korps, die Minister, die Spitzen der Behörden und zahlreiche Gäste bei. Die Glückwünsche Stambulows, des Metropoliten und des Kriegsministers wurden mit Beifall begrüßt. Prinz Ferdinand dankte für den Ausdruck der Gefühle der Ergebenheit und der Zuneigung der Armee und Nation und äußerte, er sei von freudigem Stolze beseelt, die bei seiner Ankunft im Lande kaum vorgezeichnete Bahn des Fortschrittes und der Autonomie der Regierung nunmehr geebnet zu sehen. Die Reihe der letzten wichtigen Ereignisse habe nicht nur zur Konsolidirung und Entwickelung des Landes beigetragen, sondern auch Bulgarien einen ehrenvollen Platz unter den Balkanvölkern angewiesen. Bei den auf allen Seiten erzielten Erfolgen könne man vertrauensvoll in die Zukunft blicken.

Newyork, 13. Jan. Dem „Sun" wird aus San Francisco telegraphirt: Nach Meldungen aus Kanton überfiel Anfangs Dezember eine Räuberbande das im Distrikte Shinhing gelegene Dorf Kamli, erpreßte von den Priestern mehrere tausend Taëls und zündete einen großen Schuppen vor dem Tempel an, in welchem die Bevölkerung ein Fest feierte. Die Zahl der bei der Feuersbrunst ums Leben gekommenen Personen wird auf 1400, die Zahl aller Todten und Vermißten auf 1940 angegeben.

Paris, 14. Jan. [Panama=Prozeß.] Der Präsident ersuchte Lesseps, den Namen des Journalisten zu nennen, welcher 50 000 Frcs. in anonymen Bons erhielt. Lesseps nannte Arthur Meyer, den Direktor des „Gaulois". Der Sachverständige Flory fügte hinzu, Meyer habe nochmals Bons in derselben Höhe erhalten. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Handel und Verkehr.

** **Berliner Bericht über Kartoffelfabrikate** vom 9. Jan. Der heute hier abgehaltene Stärkemarkt brachte uns wiederum mehr Käufer als Verkäufer, und da somit das zu handelnde Objekt nur schwach zum Angebot kam, so konnte der Umschlag auch nur mäßig sein. Prima Stärke in hübscher Qualität wurde zu 18,75 Mark Berlin oder Parität bezahlt, und nachträglich kam noch ein Posten Prima Mehl zu 18,60 M. Berlin oder Parität bei Bedingung prompter Abnahme zum Abschluß. Abgeber feuchter Stärke erzielten 10,30 M. Berlin oder Parität; einziges davon blieb unverkauft wegen zu hoher Forderung. Auch der Beginn des neuen Jahres hat das hier und da gehoffte größere Angebot von Stärke und Mehl nicht gebracht, wogegen die Nachfrage eher eine zunehmende ist. Trotzdem ist es kaum möglich, im Konsum etwas bessere Preise zu erhalten, denn immer giebt es noch einige Verkäufer, welche vielleicht nur im Besitze weniger hundert Säcke, bei prompter Abnahme die gemachten Gebote annehmen. So ist unverändert zu notiren, für übliche prima Stärke und Mehl von 17,50—18,25 M. ab den Stationen in Pommern, Posen und Schlesien, von 18,0—18,50 M. in der Priegnitz und der Mark, von 18,50—19 M. in der Provinz Sachsen, ferner 18,60—18,80 M. frei Bord Stettin und 19,00—19,50 M. frei Bord Hamburg. Das Gleiche gilt von den sekunda Qualitäten zu 14,50—16,50 Mark. Feuchte Stärke dagegen behielt nicht allein die günstigere Position, sondern gewann noch eine kleine Preisbesserung. Nicht mit Unrecht dürfte diese als der Anfang einer allgemeinen Steigerung auch für trockene Stärke und Mehl gedeutet werden. Syrup und Zucker gestatten nicht gleich Günstiges berichten zu können. Dextrin war wieder recht fest. — Zu notiren ist frei Berlin: Feuchte Kartoffelstärke per Januar 10,20 M., Prima Kartoffelmehl je nach Qualität 18,75—20,50 M., sekunda 15,50—17,50 M., Prima Kartoffelstärke 18,75—20,00 M., sekunda 15,00—17,00 M., prima weißer Kartoffel=Syrup 42° prompt 23,00—23,50 M., do. gelber prompt 21,50—22,00 M., weißer Kartoffelzucker prompt 23,00 bis 23,75 M., Prima Dextrin prompt 26,50—27,00 M., Stärke und Mehl Januar=Februar 18,75. (Zeitschr. f. Spir.=Ind.)

** **Warschau,** 13. Jan. Die Einnahmen der Warschau=Wiener Eisenbahn betrugen im Monat Dezember 1892 34 100 Rubel weniger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

** **Paris,** 12. Jan. Einer Mittheilung des „Temps" zufolge wäre die Bank von Frankreich genöthigt, in klingender Münze zu zahlen, da ihr Notenumlauf das Maximum von 3$^1/_2$ Milliarden Francs erreicht habe. Die Bank hätte deshalb mit der Münzverwaltung die Prägung von 50 Millionen Francs Gold vereinbart. — Der „Cocarde" zufolge fänden bei den großen Bankinstituten zahlreiche Zurückziehungen von Guthaben statt, wodurch die Notenreserve der Bank von Frankreich erschöpft worden sei; ein einziges Bankhaus hätte seit 12 Tagen 180 Millionen Einlagen zurückgezahlt. In der Provinz verlangten die kleinen Depotsgläubiger massenhaft ihre Guthaben von den staatlichen Sparkassen zurück.

** **London,** 12. Jan. Bankausweis.

Totalreserve	15 560 000	Zun.	636 000	Pfd.	Sterl.
Notenumlauf	25 629 000	Abn.	269 000	=	=
Baarvorrath	24 739 000	Zun.	366 000	=	=
Portefeuille	25 288 000	Abn.	4 907 000	=	=
Guthaben der Privaten	32 030 000	Abn.	1 989 000	=	=
do. des Staats. .	4 776 000	Abn.	3 401 000	=	=
Notenreserve	14 193 000	Zun.	589 000	=	=
Regierungssicherheiten . .	14 056 000	Abn.	1 000 000	=	=

Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven 42 gegen 35$^1/_4$ in der Vorwoche.

Clearinghouse=Umsatz 119 Millionen, gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 9 Millionen.

** **Bradford,** 12. Jan. Markt matt. Wolle ruhig, flauer; Merinowolle stramm; Mohair, Lustre und Garne ruhig. In Stoffen mäßiges Geschäft.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1893.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
13. Nachm. 2	751,1	NW mäßig	bedeckt	— 9,9
13. Abends 9	746,8	S frisch	bedeckt [1]	— 10,5
14. Morgs. 7	743,3	Windstille	bedeckt [2]	— 9,5

[1] Den Tag über Schnee. [2] Nachts und früh Schnee.

Am 13. Jan. Wärme=Maximum — 9,5° Cels.
Am 13. = Wärme=Minimum — 14,3° =

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds=Kurse.

Hamburg, 13. Jan. Schwächer.
Gold in Barren pr. Kilo 2788 Br., 2784 Gd.
Silber in Barren pr. Kilo 112,50 Br., 112,00 Gd.

Breslau, 13. Jan. (Schlußkurse.) Schwach.
Neue 3proz. Reichsanleihe 86,10, 3$^1/_2$ proz. L.=Pfandbr. 98,00, Konsol. Türken 20,95, Türk. Loose 88,25, 4proz. ung. Goldrente 96,50, Bresl. Diskontobank 96,40, Breslauer Wechslerbank 96,25, Kreditaktien 171,50, Schles. Bankverein 111,00, Donnersmarckhütte 83,25, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien=Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 110,50, Oberschles. Eisenbahn 47,75, Oberschles. Portland=Zement 74,00, Schles. Cement 118,75, Oppeln. Zement 89,00, Schl. D. Zement —,—, Kramsta 128,00, Schles. Zinkaktien 172,00, Laurahütte 95,50, Verein. Oelfabr. 87,75, Oesterreich. Banknoten 168,95, Russ. Banknoten 204,65, Giesel Cement 76,25.

Frankfurt a. M., 13. Jan. (Schlußkurse.) Ziemlich fest.
Lond. Wechsel 20,352, 4proz. Reichsanleihe 107,35, österr. Silberrente 82,50, 4$^1/_5$ proz. Papierrente 83,00, do. 4proz. Goldrente 98,30, 1860er Loose 128,90, 4proz. ung. Goldrente 96,30, Italiener 91,50, 1880er Russen 95,60, 3. Orientanl. 65,60, unifiz. Egypter 99,50, konv. Türken 20,90, 4proz. türk. Anl. 84,60, 3proz. port. Anl. 21,60, 5proz. serb. Rente 76,90, 5proz. amort. Rumänier 97,00, 5proz. konsol. Mexik. 77,10, Böhm. Westbahn 300$^1/_4$, Böhm. Nordb. 159$^3/_8$, Franzosen —, Galizier 184$^5/_8$, Gotthardbahn 153,20, Lombarden 79$^1/_2$, Lübeck=Büchen 140,50, Nordwestbahn 179$^1/_8$, Kreditaktien 267$^1/_8$, Darmstädter 133,70, Mitteld. Kredit 96,10, Reichsb. 147,10, Disk.=Kommandit 181,00, Dresdner Bank 138,60, Pariser Wechsel 81,116, Wiener Wechsel 168,72, serbische Tabaksrente 77,00, Bochum. Gußstahl 115,80, Dortmund. Union 55,50, Harpener Bergwerk 126,80, Hibernia 107,20, 4proz. Spanier 60,70, Mainzer 110,10, Berliner Handelsgesellschaft 136,70.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 267$^3/_8$, Disk.=Kommandit 181,30, Bochumer —.

Wien, 13. Jan. (Schlußkurse.) Fest, Länderbank, böhmische Bahnen und Kohlenwerthe lebhafter.
Oesterr. 4$^1/_5$% Papierr. 98,35, do. 5proz. 100,65, do. Silberr. 97,92$^1/_2$, do. Goldrente 116,65, 4proz. ung. Goldrente 114,35, 5proz. do. Papierr. 100,77$^1/_2$, Länderbank 232,70, österr. Kreditakt. 318,15, ungar. Kreditaktien 365,25, Wien. Bk.=V. 117,10, Elbethalbahn 227,25, Galizier 218,75, Lemberg=Czernowitz 250,00, Lombarden 91,50, Nordwestbahn 213,00, Tabaksakt. 166,50, Napoleons 9,59$^1/_2$, Marknoten 59,21, Russ. Banknoten 1,21$^1/_4$, Silbercoupons 100,00, Bulgarische Anleihe 111,25.

Paris, 13. Jan. (Schlußkurse.) Fest.
3prozentige amort. Rente 96,32$^1/_2$, 3proz. Rente 95,27$^1/_2$, 4proz. Anl. —, Italien. 5proz. Rente 90,30, öster. Goldr. —, 4proz. ungar. Goldr. 95,56, 3. Orient=Anl. 66,10, 4proz. Russen 1889 96,00, 4proz. Egypter —,—, konv. Türken 21,17$^1/_2$, Türkenl. 87,00, Lombarden 213,75, do. Priorit. —,—, Banque Ottomane 569,00, Panama 5proz. Obligat. —,—, Rio Tinto 387,50, Tab. Ottom. 356,00, Neue 3proz. Rente —,—, 3proz. Portugiesen 22,56, 3proz. Russen 77,35, Privatdiskont —.

London, 3. Jan. (Schlußkurse.) Fester.
Engl. 2$^3/_4$ proz. Consols 98$^1/_{16}$, Preuß. 4proz. Consols 104,00, Italien. 5proz. Rente 90$^1/_8$, Lombarden 8$^1/_2$, 4proz. 1889 Russen (I. Serie) 97, konv. Türken 21$^1/_8$, österr. Silberr. 81,00, österr. Goldrente 98, 4proz. ungar. Goldrente 94$^3/_4$, 4prozent. Spanier 60$^1/_4$, 3$^1/_2$ proz. Egypter 93$^1/_4$, 4proz. unific. Egypter 98$^3/_4$, 4proz. gar. Egypter —, 4$^1/_4$ proz. Tribut=Anl. 97, 6proz. Mexikaner 77$^1/_4$, Ottomanbank 12$^3/_4$, Suezaktien —, Canada Pacific 91$^1/_4$, De Beers neue 17$^3/_8$, Platzdiskont 1$^5/_8$.

Buenos=Ayres, 12. Jan. Goldagio 191,50

Rio de Janeiro, 12. Jan. Wechsel auf London 13$^1/_2$.

Produkten=Kurse.

Köln, 13. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen loko hiesiger 15,75, do. fremder loko 17,25, per März 16,85, per Mai —,—. Roggen hiesiger loko 14,50, fremder loko 15,75, per März 14,75, per Mai —,—. Hafer hiesiger loko 14,75, fremder —,—. Rüböl loko 54,00, per Mai 52,00, per Okt. —,—. — Wetter: Frost.

Bremen, 13. Januar. (Börsen=Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Schwach. Loko 5,45 Br.
Baumwolle. Niedriger. Upland middl. loko 50 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung per Jan. 49$^1/_2$ Pf., p. Febr. 49$^1/_2$ Pf., p. März 49$^3/_4$ Pf., p. April 50$^1/_4$ Pf., per Mai 50$^1/_2$ Pf., Juni 51 Pf.,
Schmalz. Sehr fest. Shafer — Pf. Wilcox — Pf., Choice Grocery 53 Pf., Armour 53 Pf., Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 46 Pf.
Speck. Sehr fest. Short clair middl. (schwimmend) 47, Januar=Februar=Abladung short clear middl. 47, long clear middl. 46.
Wolle 290 Ballen Umsatz.
Tabak. 1494 Kisten Seedleaf, 500 Packen St. Felix, 15 Fässer Virginy.

Bremen, 13. Jan. (Kurse des Effekten= und Makler=Vereins 5proz. Nordd. Wollkämmerei= und Kammgarn=Spinnerei=Aktien 160 Br., 5proz. Nordd. Lloyd=Aktien 97$^5/_8$ bez.

Hamburg, 13. Jan. Getreidemarkt. Weizen loko fest, holsteinischer loko neuer 156—160. — Roggen loko fest, mecklenb. loko neuer 138—142, russ. loko fest, transito 112—114 no. — Hafer fest. — Gerste fest. — Rüböl (unverz.) ruhig, loko 51. — Spiritus loko ruhig, p. Jan. 22$^7/_8$ Br., Jan.=Februar 22$^7/_8$ Br., pr. April=Mai 23 Br., per Mai=Juni 23$^1/_4$ Br. — Kaffee fest, Umsatz 2500 Sack. — Petroleum matt, Standard white loko 5,20 Br., per Febr.=März 5,15 Br. — Wetter: Schnee.

Hamburg, 13. Jan. Kaffee. (Nachmittagsbericht). Good average Santos per Jan. —, per März 79, per Mai —, Sept. 77, p. Dez. 76$^3/_4$. Behauptet.

Hamburg, 13. Jan. Zuckermarkt. (Schlußbericht. Rüben=Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar —,—, März 14,37$^1/_2$, per Mai —,—, Sept. 14,77$^1/_2$. Ruhig.

Pest, 13. Jan. Produktenmarkt. Weizen ruhig, per Früh=

jahr 7,41 Gd., 7,43 Br., per Herbst 7,52 Gd., 7,54 Br. Hafer per Frühjahr 5,41 Gd, 5,46 Br. Mais per Mai=Juni 1893 4,68 Gd., 4,69 Br. Kohlraps per August=Sept. 11 35 Gd., 11,40 Br. — Wetter: Kalt.

Paris, 13. Jan. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen ruhig, p. Januar 21,90, p. Februar 21,80, p. März=April 22,10, p. März=Juni 22,30. — Roggen ruhig, per Januar 13,90, p. März=Juni 14,40. — Mehl matt, per Januar 48,50, per Febr 48,50, per März=April 48,70, p. März=Juni 49,00. — Rüböl weichend, p. Jan. 56,00, p. Febr. 56,25, p. März=April 57,00, p. März=Juni 57,75. — Spiritus fest, per Jan. 46,50, per Febr. 46,50, per März=April 46,75, p. Mai=August 46,75. — Wetter: Regnerisch.

Paris, 13. Jan. (Schluß.) Rohzucker fest, 88 Proz. loko 38,75. Weißer Zucker fest, Nr. 3, per 100 Kilogr. per Jan. 40,87½, per Febr. 41,12½, p. März=Juni 41,87½, p. Mai=Aug. 42,37½.

Havre, 13. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 25 Points Hausse.

Rio 8000 Sack, Santos 11 000 Sack Rezettes für gestern.

Havre, 13. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. Jan. 101,50, p. März 100,00, per Mai 97,25. Behauptet.

Amsterdam, 13 Jan. Java=Kaffee good ordinary 56¼.

Amsterdam, 13. Jan. Bancazinn 55

Amsterdam, 13. Jan. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, per März 175, per Mai 176. Roggen loko geschäftslos, auf Termine niedr., per März 130, per Mai 129. Rüböl loko 26½, per Mai 26, Herbst 25⅞.

Antwerpen, 13. Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 13 bez. u. Br., per Jan. 12¾ Br., per Febr.=März 13⅛ Br., p. Sept.=Dez. 13¼ Br. Fest.

Antwerpen, 13. Jan. (Telegr. der Herren Wilkens und Comp.) Wolle. La Plata=Zug, Type B., per Jnauar 4,45 Käufer, Juli 4,60 Käufer.

Antwerpen, 12. Januar. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen still. Hafer fest. Gerste befestigt.

London, 13. Jan. 96 pCt. Javazucker loko 16⅜ ruhig, Rüben=Rohzucker loko 14¼ fest.

London, 13. Jan. Chili=Kupfer 46, per 3 Monat 46½.

London, 13. Jan. Getreidemarkt. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 42 720, Gerste 7960, Hafer 36 320 Qrts.

Weizen träge, Gerste und Mehl fest, Hafer fest ¼ sh. höher Verkäufer, Mais fest ¼ sh. höher. Schwimmendes Getreide fest. — Wetter: Schön.

London, 13. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Sämmtliche Getreidearten allgemein ruhig, runder Mais mitunter ¼ sh. höher, flacher fest, Gerste fest, Hafer mitunter ¼ sh. höher, russischer ¼—½ sh. höher, ziemlicher Begehr.

Glasgow, 13. Jan. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 Käufer.

Glasgow, 13. Jan. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 337 510 Tons gegen 502 468 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 70 gegen 76 im vorigen Jahre.

Liverpool, 13. Jan. Getreidemarkt. Weizen ½ d., Mais 1 d. höher, Mehl ruhig. — Wetter: Schön.

Liverpool, 13. Jan., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 7 000 Ball., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Amerikaner und Brasilianer 1/16 billiger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Januar=Februar 5 5/32 Käuferpreis, März=April 5⅛ do., Mai=Juni 5 3/16 do., Juli=Aug. 5¼ d. Verkäuferpreis.

Liverpool, 13. Jan., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 7 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Steigend.

Middl. amerikan. Lieferungen: Jan.=Febr. 5 11/64 Käuferpreis, Febr.=März 5 3/16 Werth, März=April 5 13/64 Käuferpreis, April=Mai 5 15/64 do., Mai=Juni 5 17/64 do., Juni=Juli 5 19/64 Werth, Juli=August 5 21/64 Verkäuferpreis, August=September 5 21/64 d. do.

Liverpool, 13. Jan. (Baumwollen=Wochenbericht.) Wochen=Umsatz 51 000 B., do. von amerikanisch. 39 000 B., do. für Spekulation 3 000 B., do. für Export 5 000 B., do. für wirkl. Konsum 31 000 B., desgl. unmittelbar ex.Schiff 54 000, wirkl. Export 6 000 B., Import der Woche 72 000 B., davon amerikanische 49000 B., Vorrath 1 613 000 B., davon amerikanische 1 397 000 schwimmend nach Großbritannien 151 000 B., davon amerikanische 145 000 Ballen.

Newyork, 12. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in New=York 9⅝, do. in New=Orleans 9 9/16. Raff. Petroleum Standard white in New=York 5,30, do. Standard white in Philadelphia 5 25 Gd. Rohes Petroleum in New=York 5,35, do. Pipeline Certifikates, pr. Februar —. Stetig. Schmalz loko 11,00 do. Rohe u. Brothers 11,40. Zucker (Fair refining Muscovad.) 3. Mais (New) p. Jan. 51⅛, p. Febr. 51¾, p. Mai 52⅜. Rother Winterweizen loko 81½. Kaffee Rio Nr. 7, 16¾. Mehl (Spring clears) 3,00. Getreidefracht 1¾. — Kupfer 12,25—12,50. Rother Weizen pr. Jan. 79½, per Febr. 80⅛, per Mai 83⅜, per Juli 85. Kaffee Nr. 7 low ord. p. Febr. 15,95, p. April 15,80.

Chicago, 12. Jan. Weizen per Januar 75⅛, per Mai 81, Mais per Januar 41¾. Speck short clear —,—. Pork per Januar 18,30.

Newyork, 13. Jan. Weizen pr Jan. 79⅝ C., pr Februar 80⅝ C.

Berlin, 14. Jan. Wetter: Starker Schnee.

Fonds= und Aktien=Börse.

Berlin, 13. Jan. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit dem gestrigen Schluß gegenüber durchschnittlich etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet. Das Geschäft entwickelte sich auf einigen Gebieten ziemlich lebhaft und bald machte sich bei zurückhaltendem Angebot allgemein eine Befestigung der Stimmung geltend, die auf die eintreffenden Tendenzmeldungen der fremden Börsenplätze und andere in demselben Sinne wirkende auswärtige Nachrichten zurückgeführt wurde. Der Börsenschluß blieb fest. Der Kapitalsmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen bei zum Theil regeren Umsätzen. Deutsche Reichs= und preußische konsol. Anleihen stellten sich bei etwas lebhafterem Geschäft ausnahmslos etwas höher. Fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Werthstand durchschnittlich gut behaupten und gingen theilweise zu etwas höherer Notiz lebhafter um; namentlich gilt dies von russischen Anleihen, Prioritäten und Noten; Italiener setzten etwas besser ein und schlossen nach einer Abschwächung wieder fester. Ungar. Goldrente behauptet, Argentiner fest. Der Privatdiskont wurde mit 1¾ Proz. notirt. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien in festerer Haltung ziemlich lebhaft um; österreichische Bahnen fest aber ruhig; Gotthardbahn etwas anziehend, andere schweizerische Bahnen ziemlich behauptet. Inländische Eisenbahnaktien gingen in festerer Haltung lebhafter um; namentlich waren Lübeck=Büchen, Ostpr. Südbahn und Marienburg=Mlawka etwas höher und ziemlich belebt. Bankaktien nach schwächerer Eröffnung fester und in den spekulativen Devisen, namentlich Diskonto=Kommandit=, Berliner Handelsgesellschafts=Antheilen und Aktien der Deutschen Bank belebt; Aktien der Darmstädter Bank schwach. Industriepapiere ziemlich fest; Montanwerthe anfangs schwächer, später fester und lebhafter, namentlich Kohlenwerthe.

Produkten=Börse.

Berlin, 13. Jan. Am Amsterdamer Markt war gestern Roggen um 10 M. höher; die übrigen europäischen Märkte lagen dagegen still und eher schwach. In den Vereinigten Staaten sind die Zufuhren wieder sehr stark, doppelt so groß, als im Vorjahre, und der Export stockt. In Folge dessen war Weizen in Newyork gestern ¾ C. billiger. Am hiesigen Markte machte sich außerdem die Reaktion auf die Steigerungen der letzten Tage geltend, und da Abgeber stärker im Markte waren, ohne genügender Nachfrage zu begegnen, gaben die Preise für **Weizen** um 1¾ M., für **Roggen** um 1¼ M. nach. **Hafer** büßte bei stillem Geschäft ½ M. ein. **Roggenmehl** still und billiger. **Rüböl** fast ohne Geschäft und wenig verändert. **Spiritus** war Loko stark zugeführt und blieb zum Theil unverkauft. Termine lagen schwach, trotzdem noch gute Deckungsfrage vorhanden war. Die Preise büßten 40 Pf. ein.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogr. Loko still. Termine niedriger Gekündigt — To. Kündigungspreis — M. Loko 144—162 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 152 M., per diesen Monat —, p. März=April —, per April=Mai 160—160,25—159 bez., per Mai=Juni 161,5—160,5 bez., per Juni=Juli 162,75—162 bez.

Roggen per 1000 Kilogramm Loko niedriger bei kleinem Geschäft. Termine schließen flau. Gekündigt — Tonnen Kündigungspreis — M. Loko 128—138 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 135 M inländischer guter 136—136,5 M., per diesen Monat —, per Jan.=Febr. —, per März=April —, per April=Mai 142—142,25—140—140,25 bez., per Mai=Juni 143—141 bez., per Juni=Juli 143,25—142 bez.

Gerste per 1000 Kilogr. Still. Große und kleine 138 bis 170, Futtergerste 115—138 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogramm. Loko unverändert. Termine niedriger. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 136—160 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 140 M. Pomm. mittel bis guter 136—142 bez., feiner 143—148 bez., preußischer mittel bis guter 136—142, feiner 143—147 bez., schlesischer mittel bis guter 137—143 bez., feiner 144—149 bez., per diesen Monat 142 M., per Januar=Februar —, per April=Mai 141,25—140,5 bez., per Mai=Juni 141,75—141 bez., per Juni=Juli —.

Mais per 1000 Kilogr. Loko unverändert. Termine niedriger. Gekündigt — Tonnen Kündigungspreis — M. Loko 123—134 M. nach Qual., per diesen Monat 122 M., per April=Mai 111,75 bis 111,5 bez., per Mai=Juni 111,75 bez., per Juni=Juli 112 bis 111,75 bez.

Erbsen p. 1000 Kilogr. Kochwaare 160—205 M. nach Qual., Futterwaare 132—154 M nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine niedriger. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat und per Jan.=Febr. 18,2 bez., per Febr.=März —, per April=Mai 18,5—18,45 bez.

Rüböl per 100 Kilogr. mit Faß. Ruhig. Gekündigt — Ztr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, ohne Faß —, per diesen Monat 50,4 M., per April=Mai 50,4 bez., per Mai=Juni 50,5 M.

Petroleum ohne Handel.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack. per diesen Monat 18,75 Br. — **Feuchte Kartoffelstärke** p. 100 Kilo brutto incl. Sack per diesen Monat 9,90 Gd.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sack. Per diesen Monat 18,75 Br.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 52,7 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungungspreis —. Loco ohne Faß 33,2 bez.

Spiritus mit 50 M. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe Matt und niedriger. Gek. — Liter. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, per diesen Monat 32,4—32,1 bez., per Jan.=Febr 32,4—32,1 bez., per März=April 33,1 32,9 bez., per April=Mai 33,6—33,3—33,4 bez., per Mai=Juni 34—33,6—33,7 bez., per Juni=Juli —, per Juli=August 35 bis 34,8 bez., per August=September 35,4—35,2 bez.

Weizenmehl Nr. 00 22,25—20,25 bez., Nr. 0 20,00—17,50 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 18,25—17,25 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 19,00—18,25 bez., Nr. 0 1,50 Mk. höher als Nr. 0 u. 1 pr 100 Kilogr. br. incl Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 4¼ M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf., 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf

Bank-Diskonto Wechsel v. 13. Jan.

Amsterdam	2½	8 T.	168,75 bz
London	3	8 T.	20,345 bz
Paris	2½	8 T.	81,10 bz B.
Wien	4	8 T.	168,75 bz
Petersburg	4½	3 W.	205,75 bz
Warschau	4½	8 T.	206,10 bz

In Berl. 4. Lomb. 4½ u. 5. Privatd. 1¾ G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	20,32 G.
20 Francs-Stück	16,195 G.
Gold-Dollars	4,185 G.
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,33 G.
Franz. Not. 100 Frcs.	81,10 G.
Oestr. Noten 100 fl.	168,75 bz
Russ. Noten 100 R.	206,50 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	107,20 B.
do. do.	3½	100,20 G.
do. do.	3	86,20 B.
Prss. cons. Anl.	4	107,10 B.
do. do.	3½	100,75 G.
do. do.	3	86,20 B.
do Scrips, int.		
Sts.-Anl. 1868	4	102,40 bz G.
Sts.-Schld-Sch.	3½	100,00 G.
Berl. Stadt-Obl.	3½	98,00 bz
do. do. neue	3½	98,60 bz
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	95,60 bz G.
Pfandbriefe: Berliner	5	113,20 bz
do.	4½	109,00 G.
do.	4	104,70 bz
do.	3½	99,00 bz G.
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	97,90 bz
Kur. u. Neu-mrk. neue	3½	98,00 bz
do.	4	
Ostpreuss	3½	96,60 bz
Pommer.	3½	97,80 bz
do	4	102,25 G.
Posensch.	4	101,90 B.
do.	3½	97,00 B.
Schls. altl.	3½	98,00 B.
do. do.	4	
ldschl Lt. A	3½	98,00 B.
do.	4	
do. neudo.	3½	98,00 B.
do. do. I. II.	4	
Wstp Rittr	3½	97,00 bz G.
do. neul. II.	3½	97,00 bz G.
Pommer.	4	103,00 bz
Posensch.	4	102,90 bz
Preuss.	4	102,90 bz
Schles.	4	103,80 B.
Bad. Eisenb.-A.	4	104,30 G.
Bayer. Anleihe	4	106,80 G.
Brem. A. 1892	3½	97,90 bz G.
Hmb. Sts. Rent.	3½	97,70 B.
do. do. 1886	3	85,10 G.
do. amort. Anl.	3½	97,30 G.
Sächs. Sts. Anl.	3½	
do. Staats-Rnt.	3	88,10 B.
Prss. Präm-An	3½	184,00 G.
H. Pr.-Sch. 40 T	—	408,00 bz
Bad. Präm.-An.	4	140,75 G.
Bayr. Pr.-Anl.	4	143,10 G.

Brnsch. 20 T. L.	—	104,80 B.
Cöln-M. Pr.-A.	3½	132,60 bz
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50 T.-L.	3	136,56 bz
Löb. 50 T.-L.	3½	130,50 bz
Mein. 7 Guld-L.	—	28,60 B.
Oldenb. Loose	3	127,70 bz

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	44,00 bz G.
do. do.	5	45,25 bz G.
Bukar. Stadt-A.	5	
Buen. Air. G.-A.	4½	55,00 bz G.
Chines. Anl.	5½	104,90 G.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	95,30 bz
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	92,25 bz
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	97,75 bz
Finnländ. L.	—	58,50 G.
Griech. Gold-A	5	62,90 G.
do. cons. Gold	4	46,90 bz G.
do. Pir.-Lar.	5	55,60 bz G.
Italien. Rente.	5	91,70 bz
Kopenh. St.-A.	3½	92,25 G.
Lissab. St. A. I. II	4	51,60 bz G.
Mexikan. Anl.	6	78,80 bz
Mosk. Stadt-A.	5	64,60 G.
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv. A. 88.	3	87,20 bz
Oest. G.-Rent.	4	98,50 B.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	82,80 bz
do. do.	5	82,90 G.
do. Silb.-Rent.	4⅕	82,60 G.
do. 250 Fl. 54.	4	
do. Kr 100 (58)	—	
do. 1860er L.	5	129,10 bz G.
do. 1864er L.	—	
Poln. Pf-Br. I-V	5	65,50 bz
do. Liq.-Pf.-Br	4	63,40 bz
Portugies. Anl. 1888—89	—	32,30 G.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	103,50 bz G.
Röm. Stadt-A.	4	86,25 G.
do. II. III. VI.	4	83,80 bz G.
Rum. Staats-A.	4	
do. do. Rente	4	
do. do. fund.	5	102,25 bz
do. do. amort.	5	97,25 bz
Rss. Eng. A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	82,60 G.
do. 1880	4	
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	103,50 G.
do. 1884 stpfl.	5	104,70 B.
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	65,50 bz
III. Orient 1879	5	66,00 G.
Nikolai-Obl	4	96,60 G.
Pol. Schatz-O.	4	94,50 bz
Pr.-Anl. 1864	5	157,50 bz
do. 1866	5	142,00 B.
Bodkr.-Pfdbr.	5	107,00 bz B.
do. neue	4½	99,80 bz G.
Schwedische	3½	94,60 B.
Schw. 1890	3½	
do. d. 1888	3	87,10 bz

Schw Hyp.-Pf.	4½	102,30 G.
Serb. Gld-Pfdb.	5	84,00 bz G.
do. Rente	5	77,25 bz G.
do. neue 85	5	77,00 bz G.
Stockh. Pf. 85	4½	102,70 bz
do. St.-Anl. 80	4	
Span. Schuld.	4	
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	21,10 G.
do. Consol. 90	4	72,56 bz G.
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L	—	88,80 bz
do. EgTrib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	96,50 bz
do. Gld.-Inv.-A.	5	103,00 bz G.
do. do. do.	4½	101,40 bz B.
do. Papier-Rnt.	5	85,40 bz G.
do. Loose	—	262,25 bz
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	106,00 bz G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	—	61,57 bz
Altenbg.-Zeitz	—	
Crefelder	4	83,25 bz
Crefld-Uerdng	0	61,25 bz
Dortm.-Ensch.	—	103,50 bz G.
Eutin. Lübeck	—	43,50 G.
Frnkf.-Güterb.	—	61,00 B.
Ludwsh.-Bexb.	9⅘	222,50 bz
Lübeck-Büch.	—	143 50 G.
Mainz-Ludwsh	—	114,00 bz
Marnb.-Mlawk.	—	62,75 bz
Meckl. Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	102,90 G.
Ostpr. Südb.	—	73,10 bz
Saalbahn	—	25,30 bz G.
Stargrd-Posen	4½	102,30 bz
Weimar-Gera	—	17,10 bz G.
Werrabahn	—	69,40 bz
Albrechtsbahn	1	40,10 B.
Aussig-Teplitz	—	417,59 bz
Böhm. Nordb.	—	111,00 G.
do. Westb.	7½	149,50 G.
Brünn. Lokalb.	—	
Buschtherader	—	199,90 G.
Canada Pacifb.	5	86,10 bz G.
Dux-Bodenb	—	
Galiz. Karl-L.	4½	92,50 B.
Graz-Köflsch.	—	112,40 bz
Kaschau-Od.	4	79,00 G.
Kronpr. Rud.	4¾	
Lemberg-Cz.	6½	105,80 G.
Oester. Staatsb	4	
do. Lokalb.	—	83,70 bz
do. Nordw.	4 2/4	89,50 bz G.
do. Lit. B. Elb.	—	100,25 bz
Raab-Oedenb.	—	25,25 B.
Reichenb.-P.	3,81	81,90 bz
Südöstr. (Lb.)	—	43,25 bz
Tamin-Land	0	2,20 B.
Ungar.-Galiz.	5	85,60 bz
Balt. Eisenb	3	
Donetzbahn	5	100,30 bz
Ivang. Domb.	5	
Kursk-Kiew	12,150	
Mosco-Brest	3	66,80 G.
Russ. Staatsb.	6,56	
do. Südwest.	5,45	7 3,50 bz

Wrsch.-Teres.	5	
Wrsch.-Wien.	—	201,20 bz G.
Weichselbahn	—	
Amst.-Rotterd.	—	105,75 bz
Gotthardbahn	—	157,25 bz G.
Ital. Mitteim.	5	100,60 bz
Ital. Merid.-Bah	7⅕	124,75 bz B.
Lüttich-Lmb.	—	25,30 bz
Lux. Pr. Henri	—	68,10 bz
Schweiz. Centr	—	118,75 bz
do. Nordost	—	106,75 bz
do. Unionb.	—	71,70 bz
do. Westb.		
Westsicilian.		62,90 bz G.

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm. Colberg	4½	112,50 bz B.
Bresl.-Warsch.	—	52,25 bz
Czakat.-St.-Pr.	5	103,70 G.
Dux-BodnbAB.	—	
Paul-Neu-Rup.	5	
Prignitz	4	
Szatmar-Nag.	—	89,50 B.
Dortm.-Gron.	—	113,60 bz
Marienb Mlawk	—	107,40 G.
Mecklb. Südb.	—	22,30 bz
Ostpr. Südb.	—	106,00 bz
Saalbahn	—	90,60 G.
Weimar-Gera	—	85,00 bz

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Berg-Märkisch	3½	99,30 bz G.
Berl. Potsd.-M.	4	102,00 G.
BrslSchwFrbH		
Bresl-Warsch.	5	103,00 B.
MzLudwh 68/9	4	102,70 bz
do. 90	3½	98,70 bz B.
Oberschl. LitB	3½	99,30 G.
do. Lit. E.	3½	99,20 bz G.
do. Em. v. 1879		
do. NiedrsZwg	3½	98,80 G.
do. (StargPos)	4	101,70 bz
OstprSüdb. I-IV	4½	103,40 bz
RechteOderuf.		
Albrechtsb gar	5	90,10 G.
Busch Gold-O.	4½	103,70 bz G.
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-PragG-Pr.	5	109,40 bz G.
do.	4	100,10 G.
Franz.-Josefb.	4	82,70 G.
GalKLudwgb g	4½	
do. do. 1890	4	81,90 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	97,60 G.
KronpRudolfb.	4	82,25 bz G.
do. Salzkammg	4	101,00 B.
LmbCzern. stfr	4	81,60 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt, g.	3	81,60 bz G.
do. Staats-I. II.	3	108,50 bz
do. Gold-Prio.	4	101,10 B.
do. Lokalbahn	4½	85,30 G.
do. Nordwestb.	5	92,80 G.
do. NdwB. G-Pr	5	108,00 B.
do. Lt. B. Elbth.	5	91,30 G.
Raab-Oedenb. Gold-Pr	3	68,75 bz
Reichenb.-Pr. (SNV)	5	

Rchb Gold-Prior.	4	82,25 G.
Südöst- B. (Lb.)	3	63,50 bz
do. Obligation.	5	104,50 G.
do. Gold-Prior.	4	96,70 bz
Baltische gar.	5	96,70 bz G.
Brest-Grajewoar	5	
Gr. Russ. Eis. gg.	3	
Ivang.-Dombr.	4½	100,30 G.
Kozlow-Wor. g.	4	90,10 bz G.
do. 1889	4	91,20 bz
do. Chark. As. (O)	4	91,20 bz G.
do. (Oblig.) 1889	4	91,30 bz
Kursk-Kiew conv	4	92,40 bz G.
Losowo-Sebast.	5	96,30 G.
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	87,00 G.
do. Rjäsan gar.	4	93,00 bz G.
do. Smolensk g.	5	101,50 bz G.
Orel-Griasy conv	4	91,10 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	92,40 bz
Rjaschk-Morcz. g	5	100,60 bz G.
Rybinsk-Bolog.	5	
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	94,30 G.
Transkaukas. g.	3	78,10 bz G.
Warsch.-Ter. g.	5	101,50 bz G.
Warsch.-Wien n.	4	97,00 bz G.
Wladikawk. O. g.	4	93,50 G.
Zarskoe-Selo	5	
Anatol. Gold-Obl	5	88,75 bz G.
Gotthardbahnov.	4	104,20 bz G.
Ital. Eisenb.-Obl.	3	56,60 G.
Serb. Hyp.-Obl.	5	78,20 bz G.
do. Lit. B.	5	76,75 bz G.
Süd-Ital. Bahn.	3	59,00 bz
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	98,60 G.
Northern Pacific	6	114,80 G.
San Louis-Franc.	6	105,80 bz
Southern Pacific	6	110,50 bz

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	3½	92,20 G.
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	112,50 B.
do. do. II.	3½	108,10 bz G.
do. do. III. abg.	3½	98,90 B.
do. do. IV. abg.	3½	98,90 B.
do. do. V. abg.	3½	93,75 B.
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	113,00 G.
do. do.	4	102,30 bz G.
do. do.	3½	
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	100,70 bz
do. do. (unkündbar bis 1./1.1900)	4	102,25 bz
do. do. (rz 100)	3½	94,90 bz
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	101,00 bz G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	129,10 G.
Pomm. Hypoth.-Akt.		
B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	102,30 bz G.
P.B.-Cr. unkb (rz 110)	5	113,50 G.
do. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	108,00 G.
do. do. (rz. 115)	4½	115,60 G.
do. do. X. (rz. 110)	4½	111,25 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,90 bz B.
Pr. Cent.-Pf. (rz. 100)	4	101,50 G.
do. do. (rz. 100)	3½	95,40 bz G.
do. do. kündb. 1900	4	103,00 bz G.
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	95,20 G.

Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	102,30 bz G.
do. do. (rz. 100)	3½	97,20 bz G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	102,20 bz G.
do. do. do.	3½	96,10 bz G.
Schles. B. Cr. (rz. 100)	4	101,40 G.
do. do. (rz. 100)	3½	95,60 G.
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4½	105,25 G.
do. do. (rz. 110)	4	101,50 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,75 bz G.

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	—	65,50 G.
Berl. Cassenver.	—	124,60 G.
do. Handelsges.	—	141,00 bz G.
do. Maklerver.	—	127,30 G.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	—	140,80 G.
Bresl. Disc.-Bk.	—	95,75 G.
do. Wechslerbk.	—	96,90 G.
Danz. Privatbank	—	
Darmstädter Bk.	—	137,60 G.
do. do. Zettel	—	
Deutsche Bank	—	159,00 bz
do. Genossensch	—	116,00 B.
do. Hp. Bk. 60pCt	—	116,50 G.
Disc.-Command	—	185,50 bz
Dresdener Bank	—	143,00 bz
Gothaer Grundcreditbank	—	87,10 G.
Internat. Bank	—	
Königsb. Ver.-Bk	—	96,50 G.
Leipziger Credit	—	158 90 G.
Magdeb. Priv.-Bk	—	106,30 G.
Maklerbank	—	113,25 bz G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	—	132,50 bz G.
Meininger Hyp.-Bank 60 pCt.	—	107,10 bz G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	—	100,00 B.
Nationalbk. f. D.	—	116,20 bz
Nordd. Grd.-Crd.	—	83,75 bz G.
Oester. Credit-A	—	
Petersb. Disc.-Bk	—	
do. Intern. Bk.	—	
Pomm. Vorz.-Akt	—	113,25 G.
Posen. Prov.-Bk.	—	
Pr. Bodencr.-Bk.	—	127,00 bz
do. Cnt-Bd 60pCt	—	157,00 G.
do. Hyp.-Akt.-Bk	—	120,00 G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	—	103,75 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	
do. Leihhaus	—	86,25 bz G.
Reichsbank	7,55	147,30 bz G.
Russische Bank	—	72,50 G.
Schles. Bankver.	—	110,25 G.
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	7½	133,40 bz
Anglo Ct. Guano	—	154,00 bz G.
Bauges. Berl.-Charl.	7⅕	901,00 G.
Bauges. City St.-Pr.	—	87,50 G.
Bauges. Dtsche. Bau	—	78,25 G.
Bauges. Hann. St.-P.	—	70,30 G.

Bauges. Humb.	6	126,75 G.
Moabit	8	131,60 G.
Passage	3½	65,25 bz G.
U. d. Linden	0	10,00 bz G.
Berl. Elekt.-W.	9	140,00 bz
Berl. Lagerhof	0	80,00 bz G.
do. do. St.-Pr	3	114,00 bz
Ahrens Br., Mbt.	0	51,25 G.
Berl. Bock-Br.	0	42,75 bz
Schultheiss-Br.	16	226,60 bz G.
Bresl. Oelw.	3	87,50 G.
Deutsche Asph.	4	84,75 G.
Dynamit Trust	11	134,00 G.
Erdmannsd. Sp.	6	93,00 bz B.
Fraust. Zucker	0	98,60 bz G.
Glauz. Zucker	12	112,25 bz
Gummi Harburg-Wien	20	252,50 G.
do. Schwanitz	0	167,00 G.
do. Voigt Winde	8	121,75 G.
do. Volpl. Schldt.	5	94,00 G.
Hemmoor Cem.	4	104,75 bz G.
Köhlm. Strk.	4	208,00 G.
Körbisdf. Zucker	12	114,50 G.
Löwe & Co.	18	213,00 B.
Bresl. Linke	13½	138,00 bz
do. Hofm.	13½	
Germ. Vrz.-Akt.	6	89,00 bz
Görlitz ov.	8	118,50 G.
Görl. Lüdr.	13	128,25 bz G.
Grusonwerk	10	179,75 bz G.
H. Pauksch	0	
Schwarzkopff	—	235,50 bz G.
Stettin-Vulk.-B.	9	107,40 B.
Sudenburg	24	205,00 bz G.
O.-Schl. Cham.	3	71,75 bz B.
do. Port.-Cem.	5½	72,90 bz
Oppeln. Cem.-F.	5½	89,00 bz B.
do. (Giesel)	6	74,75 bz
Gr. Berl. Pferdb.	12½	212,90 bz
Hamb. Pferdeb.	4	94,60 bz G.
Potsd. ov. Pfrdb.	4½	93,00 bz G.
Posen. Sprit-F.	4	84,50 G.
Rositzer Zucker	3	65,00 bz G.
Schles. Cem.	9¼	117,00 bz
Stett. Bred. Cem.	4	91,90 bz
do. Chamott	15	194,75 G.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	13⅓	125,00 G.
Berzelius	12	121,80 bz
Bismarckhütte	—	134,00 bz G.
Boch. Gusst.-F.	—	116,75 bz G.
Donnersmarck	—	80,00 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	56,00 B.
Gelsenkirchen	12	137,70 bz
Hibernia	12	111,60 bz G.
Hörd. St.-Pr.-A.	—	36,00 bz B.
Inowracl. Salz	0	40,50 bz G.
König u. Laura	8	95,30 bz G.
Lauchham. ov.	—	99,50 G.
Louis. Tief. St.-Pr	—	107,20 bz
Oberschl. Bd.	2	47,25 bz B.
do. Eisen-Ind.	6	111 75 bz
Redenh. St.-Pr.	—	11,00 B.
Riebeck. Mont.	15	161,00 G.
Schles. Kohlw.	0	25,70 bz G.
do. Zinkhütte	18	171,40 B.
do. do. St.-Pr.	18	171,00 G.
Stolb. Zink-H.	2	37,90 bz
do. St.-Pr.	7	105,50 bz
Tarnowitz ov.	—	35,00 bz bz
do. do. St.-Pr.	0	

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.